

Stellungnahme von Christa Randzio-Plath über die Kontrollbefugnisse des Europäischen Parlaments über die Europäische Zentralbank

Quelle: Le Parlement européen et la BCE- Bruxelles: Parlement européen - Division de l'Audiovisuel [Prod.], 30.11.2001. Parlement européen, Bruxelles. - VIDEO (00:03:37, Couleur, Son original).
Parlement européen, Rue Wiertz, 1047 Bruxelles - Belgique.

Urheberrecht: Transcription CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/stellungnahme_von_christa_randzio_plath_uber_die_kontrollbefugnisse_des_europaischen_parlaments_uber_die_europaische_zentralbank-de-52936e2d-8042-49d1-8478-3bad09bb8e05.html



Publication date: 04/07/2016

Stellungnahme von Christa Randzio-Plath über die Kontrollbefugnisse des Europäischen Parlaments über die Europäische Zentralbank

[Christa Randzio-Plath] Also, Transparenz ist keine Zauberei, sondern eine harte Arbeit. Es kommt darauf an, wirklich konkrete, präzise und auch sachkundige Fragen zu stellen, damit man die Gründe für geldpolitische Entscheidungen erfragen kann. Und darauf kommt es ja an: Man muss geldpolitische Entscheidungen nicht nur kennen, sondern man muss sie auch verstehen. Und wir wollen ja mehr Markttransparenz und vor allen Dingen eine richtige Führung von Information, und dafür ist die Europäische Zentralbank ja verantwortlich, und unser monetärer Dialog auch. Die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank ist die eine Seite der Medaille. Aber in einem demokratischen System muss ein unabhängiges Organ sich auch rechtfertigen, warum die eine und nicht die andere Entscheidung getroffen worden ist. Wir haben natürlich nicht die gleiche juristische Position wie der amerikanische Senat, das heißt, wir können nicht ein Mitglied verhindern, wenn ein Mitglied von der Regierung vorgeschlagen ist. Aber der öffentliche Eindruck, der ist schon sehr entscheidend, und wir haben doch sehr deutlich gemacht, dass wir nur Mitglieder des Direktoriums der Europäischen Zentralbank wollen, die persönlich integer, fachlich hochkompetent sind und eben ganz klare Vorstellungen über die Wirtschafts- und Währungsunion haben, wie sie der Vertrag ja auch vorsieht, und eben auch, also, einsehen, dass es einer demokratischen Rechenschaftspflichtigkeit von EZB-Mitgliedern bedarf. Ansonsten würde ich schon meinen, dass wir in Bezug auf die Zinsentscheidungen sehr viel mehr an Transparenz bewegt haben, dass wir auch in Bezug auf die Rolle der Europäischen Zentralbank bei der Bestimmung der primären und sekundären Ziele des europäischen Zentralbanking doch mehr Klarheit verlangen. Das ist immer noch nicht zu unserer Zufriedenheit gelöst, aber wir werden hier hart am Ball bleiben. Unzufrieden sind wir eben mit der Europäischen Zentralbank immer noch: Wir wissen nicht genau, wann die Europäische Zentralbank der Meinung ist, dass sie die Ziele des Vertrages unterstützen muss, das heißt zu Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung beitragen soll. Uns reicht nicht die Antwort, dass alleine die Verfolgung des Zieles der Preisstabilität die beste Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung ist. Unsere Rechte sind sehr wenig ausgeprägt, aber wir haben eben als Europäisches Parlament embryonale Rechenschaftspflichtigkeit der Europäischen Zentralbank ja über den Vertrag aber auch über die freiwilligen Vereinbarungen eingelöst, weil, also, eine so unabhängige Institution natürlich auch weiß, dass ihre Glaubwürdigkeit und auch das Vertrauen der Märkte und Menschen in sie davon abhängt, wie sie kommuniziert. Und hier hat sie eben in dem Europäischen Parlament den einzigen Partner für europäische Öffentlichkeit überhaupt. Was doch gelungen ist, die Geldpolitik aus der Ecke der Geheimniskrämerei herauszulösen, und das ist im Grunde genommen in Europa eine demokratische Kulturrevolution denn in den anderen europäischen Staaten oder in den europäischen Staaten gab es diese Rechenschaftspflichtigkeit nicht, weder für Herrn Tietmeyer von der Bundesbank, noch, eben, für Herrn Trichet und seine Vorgänger in der französischen Nationalversammlung, geschweige denn eben in Spanien oder in Italien oder in den Niederlanden.